

Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 63 (1984)
Heft: 11

Artikel: Die zahlreichen Leerformeln des Bundeskanzlers : Vogel rechnet mit Kohl ab : Haushaltsdiskussion im Deutschen Bundestag
Autor: Vogel, Hans-Jochen
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-340161>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 04.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

ge Kürzung in eine gezielte, dauerhafte Einsparung umwandeln soll – es darf mit zirka 370 Mio. Franken gerechnet werden –, ist durch die Räte praktisch bereinigt.

Der *Verzicht der Kantone auf den Anteil am Reingewinn der Alkoholverwaltung und am Stempelsteuerertrag* bedeutet einen Mehrertrag von rund 400 Mio. Franken. Das ist von den Räten ebenfalls akzeptiert worden, muss aber noch die Zustimmung von Volk und Ständen finden.

Bei der *Aufgabenverteilung zwischen Bund und Kantonen* ist vorgesehen, dass der Bund um 180 Mio. Franken entlastet wird. Dieses Ziel werden wir nicht ganz erreichen.

Mit der Annahme der Verfassungsgrundlage über die *Treibstoffzölle* bekommen die Kantone 300 bis 400 Mio. Franken mehr als bisher. Der Bundesrat geht davon aus, dass die Kantone an den regionalen Personenverkehr eine Zusatzleistung von 200 Mio. Franken erbringen. Der Ständerat hat aber Eintreten abgelehnt, obwohl diese Massnahmen in Richtung einer koordinierten Verkehrspolitik gerechtfertigt wären. Noch nicht behandelt ist die Vorlage betreffend die Unterstellung der *Energie unter die Warenumsatzsteuer*. Im ganzen darf ich feststellen, dass wir heute *alle Chancen haben, den Bundeshaushalt wenigstens vorübergehend auszugleichen* und trotz meiner roten Farbe zu schwarzen Zahlen zu kommen. Voraussetzung bleibt aber die Durchsetzung des Finanzplanes und die *Realisierung aller vorgesehenen Entlastungsmassnahmen*. Wenn ich trotzdem vorübergehend sage, so einfach deshalb, weil damit die strukturellen Ungleichgewichte nicht beseitigt sind.

Hinzu kommt, dass von Politikern meist verlangt wird, dass auf verschiedenen Gebieten

Prioritäten gesetzt werden. Im Endeffekt bedeutet dies, umgesetzt in den Finanzbereich, höhere Zuwachsraten, sei das bei den Bewirtschaftungsbeiträgen in der Landwirtschaft, den Rüstungsausgaben oder der Entwicklungshilfe, um nur einige Beispiele zu nennen. Prioritäten hinsichtlich einer Reduktion werden aber äusserst selten gesetzt. So steigen die Ausgaben in der Regel – fast automatisch – stärker als die Teuerung. Die Einnahmen wachsen hingegen nur ungefähr zu 20 bis 30 Prozent mit der Teuerung, die andern sind davon unabhängig. Damit ist offensichtlich, dass sich die Schere zwischen Einnahmen und Ausgaben fast zwangsläufig wieder öffnet. Die Ausgabenpolitik muss deshalb weiterhin streng kontrolliert werden. Deshalb werden wir die Chancen eines ausgeglichenen Haushaltes nützen müssen, um eine *Strukturreform der Steuern* in Angriff zu nehmen, ohne dass dabei – gesamthaft gesehen – höhere Steuern verlangt werden müssen.

Sie alle kennen das Problem der *Taxe occulte*, d.h. der indirekten Besteuerung der Investitionen durch die Wust. Zweifellos wird zu *prüfen sein, wie eine Umsatzsteuer aussehen könnte, die diese Belastung vermeidet und trotzdem gleichviel einbringt*. Vermutlich wird dies nicht möglich sein, ohne neben den Waren auch Dienstleistungen in die Besteuerung einzube-

ziehen. Dies um so mehr, als wir uns je länger je mehr zu einer Dienstleistungsgesellschaft entwickeln.

Gelegentlich erklären auch Bankiers, dass sie durch einzelne Steuergesetze in ihrer Arbeit behindert würden und dass durch eine Änderung dieser Gesetze erreicht werden könne, dass sie mehr verdienen und in der Schweiz auch mehr versteuern könnten.

Falls dies zutrifft, müssten auch diese Fragen geprüft werden. Voraussetzung für eine Änderung ist aber dann, dass insgesamt nicht weniger, sondern eher mehr eingeht, denn auch der Bund muss seine Aufgaben erfüllen können.

Zu einem solchen Dialog ist der Bundesrat bereit. Immer wieder müssen die verschiedenen Interessen gegeneinander abgewogen werden. Die Schweiz als rohstoffarmer Kleinstaat muss seine eigenen Chancen im internationalen Geflecht der Wirtschaft nützen können. So sehe ich auch die Banken im Spannungsfeld zwischen Wirtschaft und Staat.

Es kann nicht darum gehen, die Banken, die Wirtschaft zu ver-teufeln – so wenig wie den Staat. Vielmehr geht es darum, die Probleme gemeinsam anzugehen und zu lösen – zum Nutzen der Bürgerinnen und Bürger dieses Landes. Darum nutzen wir dieses Spannungsfeld Banken/Wirtschaft/Staat im Interesse aller.

Die zahlreichen Leerformeln des Bundeskanzlers

Vogel rechnet mit Kohl ab

Haushaltsdiskussion im Deutschen Bundestag

SPD-Fraktionschef Hans-Jochen Vogel zog Bilanz. Im Deutschen Bundestag wurde der Haushalt 1985 – bei uns Budget genannt – diskutiert.

Oppositionsführer Vogel entlarvte viele Wahlversprechen der Kohl-Regierung als blosses Gerede. Aus dem offiziellen Protokoll veröffentlichen wir

«Beginnen wir mit den Posten, die in Ihrer Bilanz fehlen und von denen Sie nicht gesprochen haben, von den sich häufenden Pannen beispielsweise, von den Skandalen und Affären. Die Liste dieser Vorfälle ist auch jetzt schon erschreckend lang, und sie verlängert sich fast von Woche zu Woche. In Ihrer Bilanz fehlen ebenso die unablässigen Streitigkeiten und Querelen in Ihrer Koalition. Da geht es doch nicht nur um Nuancen. Da geht es um wesentliche, zum Teil sogar um fundamentale Fragen. Sie streiten über die Einschätzung der polnischen Westgrenze – die denkwürdige aktuelle Stunde zu den Äusserungen von Unionsabgeordneten zu dieser Frage hat das deutlich gemacht –, über das Ausländerrecht, über die Kaufanreize für abgasentgiftete Personautos und über den Zeitpunkt, von dem an nur noch Kraftfahrzeuge mit Katalysatoren zugelassen werden dürfen. Sie sind über die Einführung des neuen maschinenlesbaren Personalausweises ebenso uneins wie über die Änderungen des Waffenrechts oder über den Schuldzinsenabzug oder über das Erziehungsjahr und seine Finanzierung oder die Neuordnung der Krankenhausfinanzierung. Von der Passivseite Ihrer Bilanz zu dem, was Sie für die Aktivseite reklamieren.

Mehr Schulden

Sie haben als Opposition aufs härteste kritisiert, dass wir von 1977 bis 1982 – also in sechs Jahren – 13 Milliarden DM an Bundesbankgewinnen in den Haushalt eingesetzt haben. Jetzt, in der Verantwortung, haben Sie schon in den ersten drei Jahren 30,5 Milliarden DM Bundesbankgewinne in Ihren Haushalten veranschlagt, und für die Jahre von 1986 bis 1988 planen

Sie weitere 21 Milliarden DM an Bundesbankgewinnen ein. 13 Milliarden in unserer Zeit, 51,5 Milliarden in Ihrer Zeit! Das, was Sie angekündigt haben, ist doch tief widersprüchlich zu dem, was Sie jetzt tun. Grotesk, widersprüchlich ist auch das, was Sie zur Verschuldung sagen. Sie brandmarken die Entwicklung der Schuldenaufnahme bei uns, die ja nicht anders verlaufen ist als in den mit uns vergleichbaren europäischen Ländern, als Ursache allen Übels. Sie sagen, die Sozialisten seien Schuldenmacher. Gleichzeitig loben Sie die Wirtschaftspolitik der amerikanischen Administration als vorbildlich – eine Wirtschaftspolitik, die auf dem grössten Haushaltsdefizit, auf der grössten Schuldenaufnahme und den grössten staatlichen Ausgabenprogrammen dieses Jahrhunderts beruht.

Arbeitslosenzahl steigt

Sie haben unablässig den Abbau der Subventionen gefordert. Im neuen Haushalt werden die Subventionen gesteigert, und zwar kräftig. Das ist doppelzünftig. Sie haben immer wieder die Erhöhung der Investitionsquote gefordert. Aber nach Ihrer mittelfristigen Finanzplanung sinkt sie in den Jahren bis 1988 auf den absoluten Tiefstand von 12,6%. Das ist beschäftigungsfeindlich.

Sie reden von der Steuerreform, die Sie immer aufs neue und mit häufig wechselnden Zahlen und mit viel Streit ankündigen. Sie nennen sie mit der Ihnen eigenen Bescheidenheit schon jetzt die grösste Steuersenkung aller Zeiten. Aber alle Ihre Ankündigungen und Zahlenspiele ändern nichts an der Tatsache, dass die Lohnsteuerbelastung – das ist der wichtigste Gradmesser für die Belastung der Arbeitnehmer – unter Ihrer Verantwortung, Herr Bundeskanzler und Herr Kollege Stoltenberg, mit 17,8%

im Jahre 1984 einen Höchststand erreicht hat.

Sie, Herr Bundeskanzler, haben den Stopp und dann den Abbau der Arbeitslosigkeit versprochen. Aber zwei Jahre nach Ihrem Amtsantritt sinkt die Arbeitslosigkeit nicht. Sie steigt vielmehr seit Beginn dieses Jahres Monat für Monat, saisonbereinigt von Januar bis August 1984 um über 100 000. In absoluten Zahlen sind es jetzt 2 202 000 Arbeitslose, die bei den Ämtern gemeldet sind. Eine erhebliche Anzahl nicht Gemeldeter kommt noch hinzu.

Sie haben mehr soziale Gerechtigkeit versprochen. Aber niemals zuvor hat ein Bundeskanzler den Bürgerinnen und Bürgern in so kurzer Zeit eine solche Fülle von sozialen Ungerechtigkeiten zugemutet wie Sie, Herr Bundeskanzler, in den letzten zwei Jahren.

Jetzt, Herr Bundeskanzler, denken Sie sogar daran, Gelder, die bei der Bundesanstalt für Arbeit deshalb eingespart werden, weil mehr und mehr Arbeitslose infolge der langen Dauer ihrer Arbeitslosigkeit von der Bundesanstalt keinerlei Hilfe mehr erhalten, nicht etwa zur Verbesserung der Lage der Arbeitslosen oder zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit oder zur Schaffung zusätzlicher Lehrstellen einzusetzen, sondern Sie wollen diese Gelder so verwenden, als ob es Gewinne wären; Arbeitslosigkeitsgewinne, Anstaltsgewinne sozusagen als Gegenstück zu den Bundesbankgewinnen. Es blieb Ihnen vorbehalten, Herr Bundeskanzler, aus dem Anstieg und der Dauer der Arbeitslosigkeit auch noch Rendite für den Haushalt zu ziehen.

Ein zweites Buschhaus

Herr Bundeskanzler, Sie haben den Schutz der Umwelt als eine Aufgabe bezeichnet, die für Ihre Regierung besondere Priorität besitze.

Ihr Innenminister hat sich ja zunächst auch furios in Szene gesetzt. Dabei kam ihm zugute, dass er genau das Gegenteil von dem zu tun schien, was er in der Opposition vertreten hat. Aber jetzt zeigt sich, dass die Kräfte des raschen Starters offenbar nicht über die volle Distanz reichen, dass er Ankündigungen in die Welt gesetzt hat, die er nicht einlösen kann. Hat nicht Ihr Innenminister für die Einführung des abgasentgifteten Autos immer wieder als Stichtag den 1. Januar 1986 genannt? Hat der Deutsche Bundestag nicht mit Ihrer Stimme, Herr Bundeskanzler, und denen Ihrer Kabinettsmitglieder am 9. Februar 1984 einstimmig die Einhaltung dieses Termins gefordert? Am 9. Februar 1984! Was ist denn von alledem geblieben? Ein verwirrendes, unschlüssiges Hin und Her um sogenannte Kaufanreize und Stufenpläne und immer neue Termine, ein Hin und Her, das die Käufer und damit die Autoindustrie und den Autohandel von Tag zu Tag mehr verunsichert! Ich habe den Eindruck, dass sich hier ganz offensichtlich – ich erinnere an den einstimmigen Beschluss des Deutschen Bundestages vom 9. Februar 1984 – ein zweites Buschhaus abzeichnet, dass Sie ein zweites Buschhaus vorbereiten.

Nur eine Formel

Kommen wir zu einem weiteren Posten Ihrer Bilanz, zur Friedenssicherung. Herr Bundeskanzler, Sie wollten Frieden schaffen mit immer weniger Waffen. Das ist eine gute Formel. Das ist eine hervorragende Formel. Das ist eine Formel, die unser ganzes Volk einigen könnte. Aber es ist eben nur eine Formel. Die Wahrheit ist leider ganz anders. In Wahrheit, Herr Bundeskanzler, ist Mitteleuropa nie zuvor rascher mit immer gefährlicheren Waffen auf beiden Sei-

ten vollgepackt worden als in den vergangenen zwei Jahren. Ich frage: Sind wir heute sicherer als vor Beginn der Stationierung im November 1983? Ich frage mit grossem Ernst – die Parallele zu Fragen, die sich auf das Jahr 1952 beziehen, ist nicht zu übersehen –: Wäre nicht der Kompromiss, der im Sommer 1983 – ich nenne nur das Stichwort Waldspaziergang – in Reichweite lag, der bessere Weg zur Friedenssicherung gewesen? Er hätte uns jedenfalls den neuen Rüstungswettlauf, der jetzt hemmungslos im Gange ist, und wohl auch den Rückfall in einen Zustand feindseliger Spannungen zwischen Washington und Moskau erspart, wie wir ihn seit langen Jahren nicht mehr erlebt haben.

Die Umweltgefahr wächst

Zusammenarbeit habe ich Ihnen und allen Bundestagsfraktionen im Namen meiner Fraktion auch auf einem anderen wichtigen Gebiet angeboten, nämlich auf dem Gebiet des Umweltschutzes. Wenn es wahr ist, dass wir drauf und dran sind, nicht nur unsere Lebensgrundlagen, sondern auch die der kommenden Generationen zu zerstören, dann auf diesem Gebiet. Die Gefahr wächst. Nach dem Ergebnis der amtlichen Waldschadenserhebung – es handelt sich um amtliche Zahlen, nicht um Hor-

rorzahlen – waren 1982 knapp 8% der Waldflächen im Bundesgebiet geschädigt, ein Jahr später aber annähernd 35%. Die gegenwärtig laufende Erhebung wird für 1984 aller Voraussicht nach eine weitere Zunahme der Schäden an unseren Wäldern ergeben. Ähnliche Zahlen gibt es für andere Bereiche, etwa für die Vergiftung des Bodens.

Diese Herausforderung verlangt unkonventionelle Antworten, und sie verlangt, dass gehandelt wird. Wir sind dazu bereit. Wir haben vorgeschlagen, dass die Parteien und die Fraktionen – alle Parteien, alle Fraktionen des Deutschen Bundestages – unverzüglich interfraktionelle Gespräche mit dem Ziel aufnehmen, alsbald ein Bündel konkreter und entschiedener Massnahmen zur Bekämpfung des Waldsterbens zu verabschieden. Die Einführung abgasentgifteter Personenkraftwagen ab 1. Januar 1986 und steuerliche Anreize zur Umrüstung bereits zugelassener Fahrzeuge sollten zu diesen Massnahmen ebenso gehören wie die Beseitigung bereits eingetretener Umweltschäden im Rahmen einer grossen Anstrengung, etwa nach dem Modell des von uns vorgeschlagenen Sondervermögens «Arbeit und Umwelt», und wie die Aufnahme einer Bestimmung ins Grundgesetz, die den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen als Staatsziel festlegt.

Frankreichs vergessene Frühsozialistin

Flora Tristan – ein Porträt

Von Krista Scheurer, Paris

Jetzt erst, 140 Jahre nach ihrem frühen Tod, wird eine aussergewöhnliche Frau in Frankreich wieder entdeckt: die Feministin

und Frühsozialistin Flora Tristan. 1803 in Paris zur Welt gekommen, starb sie nach einem kurzen und bewegten Leben